



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

559 (9.12.1920) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-194754](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-194754)

Mannheimer General-Anzeiger

Bezugspreis: In Mannheim a. S. monatlich 1.20 M., vierteljährlich 3.50 M., halbjährlich 6.50 M., jährlich 12.00 M. (Postgebühren). Einmalige Anzeigen nach Vereinbarung. Druck-Abnehmer: General-Anzeiger Mannheim.

Badiische Neueste Nachrichten

Verlagspreis: 1 Blatt, 10 Pfennige. 10 Blätter, 1.00 M., 20 Blätter, 2.00 M., 30 Blätter, 3.00 M., 40 Blätter, 4.00 M., 50 Blätter, 5.00 M., 60 Blätter, 6.00 M., 70 Blätter, 7.00 M., 80 Blätter, 8.00 M., 90 Blätter, 9.00 M., 100 Blätter, 10.00 M.

Die Einladung nach Brüssel.

Berlin, 8. Dez. (WB.) Amtlich. Das Reichskabinett hat sich mit den Vorarbeiten für die Brüsseler Sachverständigenkonferenz beschäftigt und dabei die Voraussetzungen erörtert, unter denen die Einsetzung von deutschen Sachverständigen erfolgen würde. Eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die Annahme der Einladung würde die sein, daß die Verhandlungen der Sachverständigen in Brüssel nur die als Vorarbeiten für die in Aussicht gestellte Konferenz bevollmächtigten Regierungsvorsteher in Genf zu gelten haben würden.

Berlin, 8. Dez. (WB.) Amtlich. Die deutsche Friedensdelegation ist beauftragt worden, als Antwort auf die Einladung nach Brüssel der französischen Regierung folgende Note zu übergeben:

Im Auftrage der deutschen Regierung beehre ich mich, Eurem Excellenz den Empfang der Note vom 5. Dezember d. J. wegen der Zusammenkunft technischer Sachverständiger in Brüssel zu bestätigen. Die deutsche Regierung hat davon Kenntnis genommen, daß diese Zusammenkunft die Frage der von Deutschland nach dem Friedensvertrage geschuldeten Reparationen vorbereitend prüfen soll. Die deutsche Regierung wird den Staatssekretär Bergmann und Karl Friedrich v. Siemens als ihre Delegierten zu der Zusammenkunft entsenden. Sie geht dabei von der Voraussetzung aus, daß durch die Zusammenkunft in Brüssel an der Konferenz, die in der Schlichtung der Konferenz von Spa zur Klärung der von Deutschland in der Reparationsfrage gemachten Vorschläge vereinbart worden ist, nichts geändert wird. Herr Bergmann ist zurzeit noch in Paris durch dringende Verhandlungen in Anspruch genommen. Die deutsche Regierung muß aber Wert darauf legen, mit ihm noch vor der Brüsseler Zusammenkunft eine Besprechung in Berlin abzuhalten. Da dies nicht vor Anfang nächster Woche möglich sein wird, werden die deutschen Sachverständigen nicht vor dem 16. Dezember in Brüssel sein können. Die deutsche Regierung wäre für die Mitteilung der Namen der von den alliierten Regierungen beauftragten Sachverständigen dankbar. Genehmigen Sie usw.

Berlin, 8. Dez. (WB.) Amtlich. Wie wir erfahren, werden als sachverständige Delegierte der deutschen Regierung an den Verhandlungen über die Reparationsfrage in Brüssel Staatssekretär Bergmann und Karl Friedrich v. Siemens teilnehmen. Die Reichsregierung hat weiter an folgende Persönlichkeiten die Auforderung ergeben lassen, sich zur Beratung der Delegierten für die Dauer der Konferenz nach Brüssel zu begeben: Generaldirektor Cuno, Generaldirektor Böcker, Reichsanwaltpräsident Havenstein, Herr Ernst Reicher, Direktor v. Strauß, bayerischer Staatsminister v. Meinel, Geh. Oberregierungsrat Fritzsche, Professor Bonn, sowie einen Vertreter des allgemeinen Gewerkschaftsbundes.

Die Abstimmung in Oberschlesien.

Stuttgart, 8. Dez. (WB.) Staatssekretär Hieber hielt bei Gelegenheit eines Konzertes des Reichsvereins Gefangener aus Kattowitz eine Ansprache, worin er dem Vorschlag der Entente, die Abstimmung über Oberschlesien zu trennen, scharf entgegen trat. Der Staatssekretär betont, daß die deutsche Regierung, wenn sie auf dem Versailles Vertrag schlesien Recht beharre, die gesamte Bevölkerung hinter sich habe. Der Abstimmung könne mit Zuversicht entgegen gesehen werden. Es werde ein deutscher Sieg sein.

München, 8. Dez. (Priv.-Tel.) In einer Versammlung der Bayerischen Mittelpartei (Deutschnationale Volkspartei) in Bayern wurde folgende Entschliessung gefaßt: Der neue Reichsrath der Entente, durch den die in Deutschland lebenden Oberschlesier zu Wählern zweiter Klasse herabgesetzt werden und außerdem eine technisch undurchführbare Wahlordnung getroffen wird, bedeutet eine neue Vergewaltigung des deutschen Volkes, die noch über die Bestimmungen des Friedensvertrages hinausgeht. Wir verlangen von der Reichsregierung, daß sie diese neuen Forderungen der Entente unter allen Umständen einmütig ablehnt im Interesse unserer gesamten Oberschlesier und damit unseres ganzen deutschen Volkes.

Köln, 8. Dez. (WB.) Die „Köln. Ztg.“ wendet sich gegen die wenigen deutschen Blätter, die den Vorschlag des Verbandes über die oberschlesische Abstimmung als annehmbar begrüßen. Das Blatt fragt: Wer gibt die Gewähr dafür, daß die internationalen Kommission und die Oberste Rat auf Grund der Abstimmung zu Gunsten Deutschlands fallen? Bisher wurde keine einzige kritische Frage in unserem Sinne entschieden. Man beschränkt sich nur an Cunen und Malmedy, die Abgrenzung des Saargebietes usw. Ausschlaggebend ist der Friedensvertrag. Insbesondere sind noch andere bedeutsame Momente gegen eine geneigte Abstimmung.

Die Kattowitzer Sänger in München.

München, 8. Dez. (Priv.-Tel.) Die oberschlesischen Sänger sind gestern nachmittag gegen 2 Uhr in die Stadt eingetroffen und wurden bereits am Bahnhof, wo eine große Menschenmenge sie erwartete, Gegenstand der herzlichsten Anteilnahme der Bevölkerung, die durch endlose Schreie ihre Sympathie zu erkennen gab. Weiter wurden die Sängerinnen und Sänger mit Musik zum Hotel geleitet. Dr. Wagner, der Vorsitzende der Vereinigten Kattowitzer Sänger, begrüßte die Gäste mit herzlichsten Worten. Die in München lebenden 600 Kattowitzer bitten der Heimat zu sagen, daß sie in Treue zu ihr halten und daß sie den Tag festbeziehen, an dem sie mit ihren Brüdern in der Heimat und nirgends anders an die

Urne zur Abstimmung treten können und darum wird und muß es uns gelingen, Oberschlesien deutsch zu erhalten. Ein dreifaches Glück auf Oberschlesien, das brausenden Wiederhall fand, schloß die Rede. Im Namen der Oberschlesier dankte der langjährige erste Vorsitzende des Gefangenenvereins Sanitätsrat Dr. Ehrenfried in Kattowitz. Ueberall in Deutschland seien sie bis jetzt freundlich aufgenommen worden und je weiter sie kommen, desto schöner werde es. Das sei ein Zeichen, daß man überall in Deutschland mit den Oberschlesiern sympathise. Der Redner schloß: „Oberschlesien wird am Wahltage bereiten, daß es stets deutsch gewesen ist und auch deutsch bleiben wird.“ Das Konzert im Odeon hatte ein fast ausverkauftes Haus. Unter den Besuchern des Abends waren der Ministerpräsident Dr. v. Kaab, der Kultusminister, der Rektor der Universität, der erste Bürgermeister und andere bekannte Persönlichkeiten. Vor Beginn der Programmfolge richtete Staatssekretär Dr. Schweger namens der Regierung herzliche Worte der Begrüßung an die Gäste. Die schlesische Frage ist eine allgemein deutsche, sie kann nicht von einzelnen Lauen gelöst werden. Bayern kann und wird da nicht zurückbleiben. Es hält treu zum Reiche. Polen streckt unterstützt durch die Entente (sein) Hände nach Schlesien aus. Da genügt nicht unser mächdigstes Recht, wir müssen mit der ganzen Macht der Abstimmung dafür eintreten. Unsere Bereitschaft zu wecken zu einheitlichem Denken und Handeln sind die Oberschlesier zu uns gekommen. Dieser Willkommenzug fand freudiger Widerhall. Dann begann das Konzert. Reichlich dankte den Vorbereitungen. Die Stadt wird der Vorstandsschaft aller beteiligten Vereine ein Festessen geben.

Unter der Fremdherrschaft.

Saarbrücken, 8. Dez. (WB.) Staatsrat Kaul, der Präsident der Regierung des Saargebietes, hat den Entschluß gefaßt, einer großen Anzahl von ausgewiesenen Personen die Rückkehr in die saarländische Heimat und den dauernden Aufenthalt dort zu gestatten. Dieser Entschluß bezieht sich jedoch nur auf Personen, die im Saargebiet geboren sind.

c. Koblenz, 8. Dez. (Priv.-Tel.) Durch eine Verordnung der hohen interalliierten Rheinlandkommission ist der § 1 der Reichsverordnung vom 23. Juli 1919 betreffend den Zugang von arbeitsfähigen Personen und Flüchtlingen nicht anwendbar gegenüber den Staatsangehörigen der Mächte, deren Truppen an der Befreiung teilgenommen. Der § 12 der Ausführungsverordnung zum Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr findet auf die Einwohner der befreiten Gebiete keine Anwendung.

c. Koblenz, 8. Dez. (Priv.-Tel.) Die interalliierte Rheinlandkommission veröffentlicht eine weitere Verordnung betreffend Streitigkeiten über das gewerbliche Arbeitsverhältnis. Die Kommission befähigt sich unter anderem vor, in besonderen Fällen Ausstände in Unternehmen und Betrieben zu verbieten, insbesondere wenn diese die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und die Sicherheit der Befehlstruppen gefährden.

Mit. Neuenahr, 8. Dez. (Pr.-Tel.) Der Schutzverband der Baderorte des besetzten Gebietes hatte sich an das auswärtige Amt in Berlin gewandt, um zu erreichen, daß durch Verhandlungen mit der interalliierten Kommission eine Aufhebung der Besetzung der Baderorte erwirkt würde. Das auswärtige Amt hat darauf geantwortet: Die außerordentlich starke Besetzung der Kur- und Baderorte des besetzten Gebietes sei bereits früher zum Gegenstand von diplomatischen Schritten bei der Friedenskonferenz in Paris geworden, die Friedenskonferenz jedoch habe noch keine Stellung zu den deutschen Einwendungen genommen. Die Angelegenheit wird aber ins Auge gefaßt.

M.T.B. Mainz, 8. Dez. (Priv.-Tel.) Das französische Militärpolizeigericht verurteilte die Ehefrau eines französischen Staatsangehörigen wegen Beleidigung Frankreichs zur höchstzulässigen Geldstrafe von 3000 Mark, weil sie dem Dienstmädchen einer bei ihr einquartierten französischen Offiziersfamilie gegenüber geäußert hatte, sie solle sich schämen als deutsches Mädchen bei Franzosen Dienste zu leisten.

König Konstantins Heimkehr.

c. Babel, 8. Dez. (Priv.-Tel.) Die Athener Zeitung „Patri“ berichtet: Vor dem französischen und englischen Konsulat fanden am Dienstag Kundgebungen gegen die Einmischung der alliierten Regierungen in die Angelegenheit der Rückkehr Konstantins nach Athen statt. Beide Konsulate werden augenblicklich militärisch bewacht und in weitem Umkreis abgesperrt.

c. Jürch, 8. Dez. (Priv.-Tel.) Der „Secolo“ meldet aus Athen: Hier kam es im Anschluß an die Bekanntgabe der Volksabstimmung zu ententefeindlichen Kundgebungen. Offiziere der alliierten Mächte wurden bedroht. Man hört allgemein, daß der Ausbruch einer Revolution zu befürchten sei, falls König Konstantin, trotz des ausdrücklichen Volkswillens, lediglich wegen der Drohung fremder Mächte seine Rückkehr hinauschiebt oder gar aufgibt.

Athen, 8. Dez. (Havas.) Der griechische Thronfolger wartet in Konstantinopel die Ankunft eines griechischen Torpedobootes ab, das ihn nach dem Piräus bringen soll.

Die Wahl des Bundespräsidenten.

Wien, 8. Dez. (WB.) Heute vormittag trat die Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten der Republik Deutsch-Oesterreich zusammen: Die Christlich-Sozialen und die Großdeutschen stimmten für ihren Parteikandidaten. Der Christlichsozialer Kandidat Kienbeck erhielt 103, der Sozialdemokratische Seig 85 und der Großdeutsche Dinghofer 27 Stimmen. Da trotz der drei Wahlgänge kein Kandidat die absolute Stimmenmehrheit erhielt, wurde die Sitzung bis 8 Uhr abends unterbrochen, um 6.10 Uhr wurde die Sitzung wieder eröffnet. Im vierten Wahlgang wurden 219 Stimmen abgegeben, von denen 217 gültig waren. Die absolute Stimmenmehrheit betrug 110 Stimmen. Kienbeck erhielt 103 Stimmen, auf Seig entfielen 85 Stimmen und auf Dinghofer 30 Stimmen. Präsident Weiskirchner unterbrach hierauf die

Sitzung auf eine halbe Stunde und lud die Parteien zu neuen Verhandlungen ein. Der fünfte Wahlgang ergab ungefähr das gleiche Ergebnis wie die vorhergegangenen Wahlgänge. Nachdem die hierauf wiederum aufgenommenen Verhandlungen zwischen den Parteien abermals ergebnislos verlaufen waren, wurde die Sitzung vertagt.

Zwiespalt in der Demokratischen Partei.

München, 9. Dez. (Pr.-Tel.) Die sehr stark besetzte Vertreterversammlung des deutschdemokratischen Kreisverbandes München hat am Dienstag abend Stellung zu den bei dem Münchberger Parteitag eingebrachten Anträgen genommen. Der von Frankfurt ausgehende Antrag, die Demokratische Partei solle sich zur republikanischen Staatsform bekennen, fand allseitige Ablehnung. Die Vertreterversammlung stellte sich auf den Standpunkt, daß die Frage „Republik oder Monarchie“ keine grundsätzliche für die Partei sei, sondern eine reine Ermessungsfrage. Es müsse dem Einzelnen überlassen bleiben, welche Staatsform er für die bessere halte. Einstimmig war die Versammlung auch der Auffassung, daß die Aufrollung dieser Frage im gegenwärtigen Augenblick zum Schaden für das ganze Reich und Volk gereichen müsse.

Bei der Erörterung der Frage der Verschmelzung der Demokratischen Partei mit der Deutschen Volkspartei wurde daran erinnert, daß Bayern von jeher das Land der liberalen Arbeitsgemeinschaft gewesen sei. Die Demokratische Partei habe keinerlei Veranlassung in dieser Frage irgendwelche zu drängen. Man müßte vielmehr diese Dinge ausreifen lassen. Im übrigen wäre es im Interesse des freiheitlichen Bürgertums nur zu wünschen, daß alle auf dem Boden der liberalen und demokratischen Weltanschauung stehenden Parteien und Bevölkerungsteile sich mehr und mehr gegen die sozialistische oder andere Reaktion zusammenschließen. Eine solche Partei hätte eine große und dankbare Aufgabe für den Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes. Ein Antrag auf Schaffung eines demokratischen Kommunalprogramms für Deutschland fand nur in der Form Zustimmung, daß durch eine Kommission gemeinsame Richtlinien für die demokratischen Gemeindevertretungen festgelegt werden sollen. Einzelheiten festzulegen wäre verfehlt.

Die Beamtenforderungen.

Eine kritische Lage.

Bis gestern abend war in dem Streit um die Beamten-Teuerungszuschläge noch keine Einigung der Fraktionen erzielt. Die Deutschnationalen wie die Mehrheitssozialisten bestanden bis dahin darauf, ihren Antrag, der über die Vorschläge der Regierung hinausgeht, in der heutigen Reichstags-sitzung einzubringen. Die Regierung ließ nun in letzter Stunde durch die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ mitteilen, daß wenn der Reichstag den Vorschlag der Deutschnationalen und der Sozialdemokratie annehme, sie gezwungen sei, hierzu Stellung zu nehmen und gegebenenfalls die Konsequenzen zu ziehen, wenn sie glaubt, die durch die Bewilligung bedingten Mehrausgaben infolge der Lage der Finanzen des Reiches nicht verantworten zu können. Soeben geht uns nun eine Meldung aus Berlin zu, die besagt, daß die Deutschnationalen wie die Mehrheitssozialdemokraten ihre Vorschläge modifiziert haben. Damit würde Aussicht auf Vermeidung der parlamentarischen Krise sein.

Berlin, 9. Dez. (Von unserem Berliner Büro.) Zu den Beamtenforderungen und dem Zurückweichen von Deutschnationalen und Mehrheitssozialdemokraten von den Beschlüssen des Ausschusses gibt das „Berliner Tageblatt“ von unterrichteter parlamentarischer Seite folgende Darstellung: Die Deutschnationalen hatten im Ausschuss beantragt, den Beamten 10 Prozent Teuerungszuschlag und 80 Prozent Kinderbeihilfe für die Ortsklasse A, 10 Prozent für Ortsklasse B und 60 Prozent für Ortsklasse C zu bewilligen. Sie beabsichtigen, diesen Antrag in der heutigen Sitzung zu wiederholen. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, den 10 Prozent Teuerungszuschlag bewilligen zu können. Wird der Antrag der Deutschnationalen heute tatsächlich gestellt, so wird er wahrscheinlich von den Mehrheitssozialdemokraten angenommen. Es ist dann eine Mehrheit für den Antrag gegen die Stimmen der Regierungsparteien vorhanden. Diese haben sich nach wiederholten Besprechungen mit der Regierung, mit deren Zustimmungs, das auch die Billigung des Reichsrates hat und welches weitergeht, als die ursprünglichen Beschlüsse des Hauptausschusses, einverstanden erklärt. Die Deutschnationalen beabsichtigen nun, immer nach der Darstellung des „Berliner Tageblattes“ einen Antrag zu stellen, welcher einen allgemeinen Teuerungszuschlag vorschlägt, die Kinderzulagen aber nicht mehr in der Höhe gewähren will, wie sie von den Regierungsparteien vorgeschlagen worden sind. Die Mehrheitssozialdemokraten wieder beantragen, einen allgemeinen Teuerungszuschlag einzuführen, dafür aber die ursprünglichen, also wesentlich niedrigeren Sätze für die Kinderbeihilfe vorzusehen. Inzwischen haben Zentrum und Demokraten einen weiteren Antrag eingebracht, der auch von der Deutschen Volkspartei unterstützt wird und in dem es heißt, daß den Beamten an denselben Orten, welche nach den Ermittlungen des Ortsklassengesetzes in eine höhere Ortsklasse eingestuft werden sollen, die Unterschiedsbeiträge, welche sich daraus ergeben, schon jetzt ausgezahlt werden sollen. Das würde eine ziemlich erhebliche Summe ausmachen, auf welche sie nach dem Befolgungsgesetz bereits einen gerechten Anspruch erworben haben.

Berlin 9. Dez. (WB.) Die zwischen dem Eisenbahnerverband und der Reichsregierung eingeleiteten Verhandlungen sind Blättermeldungen zufolge bisher zu Beschlüssen nicht gelangt. Eine Klärung der Verhältnisse dürfte erst in den nächsten Tagen zu erwarten sein.

Berlin, 9. Dez. (Von unserem Berliner Büro.) Der Zentralverband der deutschen Post- und Telegraphenbediensteten, der Deutsche Eisenbahnerverband, der Verband deutscher Post- und Telegraphenhandwerker und der Verband des

bayrischen Post- und Telegraphenpersonalis, erlassen, wie wir dem 'Vorwärts' entnehmen, unterm 7. Dezember eine Proklamation gegen die Verfügung des Reichspostministers über den Streik der Beamten und Hilfskräfte. Die angeführten Organisationen sprechen darin von einem ihnen zustehenden Streikrecht.

Karlsruhe, 7. Dez. Der Aktionsausschuss der Postgewerkschaft Karlsruhe schreibt uns: Die in die Presse gelangte Mitteilung, der Aktionsausschuss der Postgewerkschaft Karlsruhe habe vor der Aufgabe zu erklären, die von den Postbeamten und Angestellten in den letzten Tagen ausgeführte postive Resistenz ist nicht richtig, da die Postbeamten keine passive Resistenz ausüben und bis jetzt gar keine ausgeübt haben. Die Karlsruher Postbeamten erheben genau nach den Dienstvorschriften. Wenn genau nach den Dienstvorschriften gearbeitet wird, tritt durch Verlangsamung in der Abwicklung der vorliegenden Arbeit Anhäufung der Briefschaften, Drucksachen, Pakete, Scherüberweisungen usw. ein; letzteres ist auch schon bei den hiesigen Beamten in erheblichem Maße geschehen.

In einer am Sonntag vormittag stattgefundenen großen Postversammlung ist der einstimmige Beschluss gefasst worden, solange genau nach den Dienstvorschriften weiter zu arbeiten, bis die Regierung den Postbeamten das nächste Vierteljahresgehalt schon jetzt auszahlt. Ohne das dies geschehen ist, wollen die Postbeamten keineswegs den Dienst wieder wie vorher versehen, da sie sich in den Hoffnungen, die sie bisher auf die Regierung setzten, schon zu oft betrogen haben.

Karlsruhe, 7. Dez. Der Deutsche Eisenbahner-Berband, Ortsgruppe Karlsruhe, hatte auf Montag eine öffentliche Versammlung der Eisenbahndiätäre einberufen, die außerordentlich stark besucht war. Oberreferent Seeß hatte das Referat übernommen und wies darin auf die völlig unzureichende Bezahlung der Diätäre hin, deren monatliches Entkommen zwischen 500 und 700 Mark schwankt, somit weit unter dem Existenzminimum liege. Der Referent fordert die Diätäre auf, sich für ein und dasselbe zu organisieren, sich aber nicht in verschiedenen Vereinen zu zerstreuen, sondern einer freien Gewerkschaft anzugehören, welche alle Kategorien der Beamten und Arbeiter, gleich dem Deutschen Eisenbahnerverband in sich vereint. An die Ausführungen des Referenten schloß sich eine lebhafte Aussprache, in welcher die Forderung zur Solidarität und zur Organisation in B. G. B. unterliegt wurde. Schließlich wurde eine Entschließung angenommen, in der zum Ausdruck kommt, in der die Bezahlung der Diätäre eine durchgreifende Verbesserung erfahren müssen und daß ihnen sofort ein Vorschlag von 1000 Mark auf die noch zu erwartende Auszahlung zu gewähren sei.

M.T.C. Düsseldorf, 8. Dez. (Bris.-Tel.) Die gestrige Probeabstimmung unter den Beamten des Oberpostdirektionsbezirks Düsseldorf mit Ausnahme des linksrheinischen Teiles ergab eine 2/3 Mehrheit für den Streik, falls die Forderungen auf sofortige Auszahlung des verlangten Vorschusses nicht erfüllt wird. Wie der Reichspostminister bekannt gibt, soll die Entscheidung bis zum 15. Dezember fallen.

M.T.B. Essen, 8. Dez. (Bris.-Tel.) Nach ergebnislosen Verhandlungen mit dem Eisenbahndirektionspräsidenten wandte sich der Beamtenrat der D. E. an den Reichsfinanz- und Verkehrsminister und verlangte sofortige Zahlung eines Vorschusses. Der Beamtenrat lehnte die Verantwortung für die Wucherhaltung des Verkehrs ab, der durch Ernährungsnotwendigkeiten gefährdet sei.

Der Brief des Staatssekretärs Kamm.

Berlin, 8. Dez. (WB.) In der Presse wird eine Erklärung des Präsidiums des preussischen Staatsministeriums veröffentlicht, worin nochmals behauptet wird, daß Staatssekretär Kamm den vielgenannten Brief an den Minister Hermes tatsächlich am 7. 5. geschrieben habe. Es wird hinzugefügt, der Brief sei im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft am 11. 5. dem Staatssekretär Huber bekannt gewesen; denn er habe ihn in einer Besprechung mit einem Vertreter des Staatskommissars erwähnt. Darüber besteht eine Unklarheit, Entweder liege eine Schreibfälschung bei Kamm oder eine Fälschung vor, welche allerdings nicht Hermes zugeschrieben zu werden brauche. Demgegenüber sei nochmals festgestellt, daß der Brief allerdings vom 7. 5. datiert ist, daß aber der erste Satz klar und deutlich sagt: 'Am 10. mußte ich mit dem Minister nach Ostpreußen reisen und konnte daher zu meinem Bedauern an der am 11. stattfindenden Sitzung des Reichsfinanz- und Verkehrsministeriums nicht teilnehmen.' Der Brief muß also später geschrieben worden sein. Es ist infolgedessen nicht richtig, daß am 11. 5. der Brief dem Staatssekretär Huber bereits bekannt war. Minister Hermes hat am Dienstag im Reichstag in Anwesenheit Hubers ausdrücklich erklärt, daß Huber am 11. 5. von dem Briefe noch keine Kenntnis gehabt habe. Er sagte, es stehe fest, daß Huber selbst die Unklarheit mit dem angegebenen Inhalt nicht aufgenommen hat und daß er auch keinen Beamten des Ministeriums mit der Aufgabe einer solchen Notiz beauftragt hat. Es kann sich also demnach nur um eine Privatnotiz einer Person handeln, die über die Besprechung im Amtszimmer Hubers am 11. 5. da. Ja, ohne Wissen Hubers gefertigt wurde. Was die Angabe dieser Privatnotiz angeht, so hat Huber an diesem Tage noch keine Kenntnis von dem Briefe Kamm's gehabt, konnte sich also auch nicht seine Kenntnis des Briefes äußern; denn ich habe Huber erst von dem Briefe Kamm's nach meiner mündlichen Aussprache mit Kamm Kenntnis gegeben. Diese Aussprache fand erst im letzten Drittel des Monats Mai statt. Ich stelle deshalb fest, daß der Inhalt der Notiz — mag sie aufgenommen sein von wem sie will — in tatsächlicher Beziehung unrichtig ist und daß damit die Schlussfolgerungen, die der Reichstagskommission Braun aus der Notiz gezogen hat, in sich zusammenfallen. Kommt es nun in der Erklärung des Präsidiums des preussischen Staatsministeriums noch behauptet, daß Ministerpräsident Braun den Brief dem Reichsminister übergeben habe mit dem Ersuchen, ihn von einem sachverständigen Sachverständigen nachprüfen zu lassen, um festzustellen, ob eine handschriftliche Fälschung vorliegt. Diese Bemerkung ist völlig unverständlich. Der Brief befindet sich in den Händen des Adressaten Dr. Hermes. Er ist am Dienstag einer Reihe von Abgeordneten vorgelesen worden. Die einwandfrei feststellen konnten, daß keinerlei Änderungen an ihm vorgenommen worden sind. Der Ministerpräsident Braun kann den Brief, den er nicht hat, dem Reichstagskommissionar nicht übergeben haben.

Die Sonderleistungen.

Am Sonntag fand der Parteitag der Deutschen Volkspartei in Nürnberg mit einer Reihe von Sonderleistungen seinen Abschluß. Wir haben über diese bereits berichtet. Einem uns heute zuehenden ausführlichen Bericht entnehmen wir noch folgende Mitteilungen:

Reichs-Angestellten-Ausschuss.

Sonntag vormittag trat der Reichs-Angestellten-Ausschuss der Deutschen Volkspartei zu einer ersten gut besuchten und unter Leitung des Reichstagsabg. Otto Thiel stehenden Vollversammlung zusammen. Berichtet werden die Orte Berlin, Hamburg, Bremen, Braunschweig, Hagen, Nürnberg, München, Frankfurt, Regensburg, Essen, Oberhausen, Spandau, Lauchhammer, Dortmund, Kassel, Hildesheim. Als Gast war der Reichstagsabg. Dr. Gildemeister-Bremen zugegen. Zur Beratung standen: Die D. V. P. und die Reichs-Angestellten (Redner: Reichstagsabg. Thiel-Berlin). Wie teilte uns eine planmäßige Arbeit unter den Angestellten für die

D. V. P. (Redner: Richard Kamp, Hagen) und 'Die Aufgaben der Reichs-Angestellten-Ausschüsse unserer Partei' (Redner: Fr. Weisbach, Braunschweig).

Abg. Thiel berichtete über seine bisherige Arbeit im Reichstag und in der Fraktion und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß er innerhalb der Fraktion und der Parteileitung vollen Verständnis für die Wünsche der Privatangestellten und Hilfe für deren geistliche Durchführung gefunden habe. Bezüglich der Einzelheiten verweist er auf sein auf dem Parteitag gegebenes Referat. In der Aussprache stimmten die anwesenden Vertreter grundsätzlich den vom Abg. Thiel gegebenen Richtlinien zu.

In den beiden folgenden Vorträgen gab Kamp (Hagen) einmal ein Bild über den organisatorischen Aufbau und Zusammenschluß der D. V. P. geborenden Privatangestellten. Er verlangt von letzteren die Einlegung ihrer Person für die wirtschaftlichen Ziele der Reichs-Angestellten-Ausschüsse innerhalb der Partei und bittet den Reichs-Angestellten-Ausschuss um Einlegung eines Vorschusses zur Ausarbeitung von Richtlinien für die Organisationsarbeit. Thiel (Berlin) erwiderte demnach, daß diese Ausführungen durch wirksame Beispiele aus der Arbeit des Reichs-Angestellten-Ausschusses Braunschweig, der insbesondere auf kommunalem Gebiete sich erfolgreich betätigt hat. Er fordert von den Angestellten praktische Mitarbeit in der Partei und bittet die Vorsitzenden der Reichs-Angestellten-Ausschüsse in den Partiorgruppen dies frühzeitig und ausführlich über die zu erwartenden Besprechungen zu unterrichten, damit sich die Angestellten rechtzeitig und ausführlich damit beschäftigen und für die Teilnahme sorgen können. In der anschließenden Aussprache ergaben u. a. das Wort Reichstagsabg. Thiel, Berlin, Dünemann-Bremen und Weig-Essen. Thiel-Berlin betonte besonders, daß durch geistliche Maßnahmen erreicht werden müßte, daß die Angestellten in der Lage wären, sich als Abgeordnete in den Parlamenten ohne Schädigung der wirtschaftlichen Existenz betätigen zu können.

Reichstagsabgeordneter Dr. Gildemeister berichtete über seinen Antrag zur Bekämpfung des Wuchers und erklärte die Begriffe des wirtschaftlichen Landesverrats. In die Sachprüfungskommission wurden die Reichstagsabg. Thiel, Dünemann-Bremen, Kamp-Hagen, Reichstagsabg. Thiel, Braunschweig und Reichstagsabg. Thiel, Berlin. Die anwesenden Kreisorganisationsvertreter bilden den vorläufigen Reichs-Angestellten-Ausschuss, der durch Vertreter der zählenden Wahlkreise ergänzt wird und im neuen Jahre in einer größeren Tagung dann endgültig konstituiert werden soll. In seinem Schlusswort nahm Abgeordneter Thiel Bezug auf die in einigen Zeitungen erschienenen Berichte über den Vortrag Stierwalds auf dem zehnten Kongress der Christlichen Gewerkschaften und die Reichstagsabg. Thiel, Braunschweig, die daraus gezogen worden sind, hinsichtlich seiner (Thiel's) Stellung zur Deutschen Volkspartei. Er erklärte hierzu: Ich stehe noch wie vor fest auf dem Boden der Deutschen Volkspartei. Ich habe aber nie Zweifel daran aufkommen lassen, daß ich unsere deutschen Parteiverhältnisse, wie sie heute bestehen, als nicht für günstig halte. Die Zerstückelung unseres politischen Lebens ist ein Verhängnis.

Eine parlamentarische Regierung erfordert eine starke Mittelpartei, als Garant einer zentralen nationalen und sozialen Politik. Die fruchtlosen Kräfte der deutschnationalen Volkspartei müssen aus der fruchtlosen Opposition heraus auf den Boden der praktischen Arbeit geführt werden. Welche Kräfte im Zentrum sind für eine Politik zu haben, wie sie unser Programm vortreibt. Diese Kräfte halten die konfessionelle Geschiedenheit in der Politik nicht mehr für zeitgemäß und drängen zu einer vernünftigeren Zusammenarbeit mit uns. Bei den Demokraten gibt es noch zahlreiche Leute, die eingesehen haben, daß sie auf das falsche Pferd gewettet haben. Diese gehören zu uns. Das Zusammenstreichen dieser Kräfte zu einer Partei geht nicht von heute auf morgen. Aber eine Ausprägung des höchsten und verzinsten Parteigeistes sollte mit aller Macht erstrebt werden. Für die Gewerkschaften, die Angehörigen aller dieser Parteien zu gemeinsamer Arbeit in sich vereinigen, ist die glückliche Lösung dieser Frage Lebensbedürfnis. Für die Gründung einer Arbeitnehmerpartei bin ich auf keinen Fall zu haben. Aber an der sofortigen Bildung eines parlamentarischen Aktionsausschusses, der die Zusammenfassung der Kräfte fördert, werde ich mich beteiligen. Ich bin überzeugt, damit der Partei, den nationalen Gewerkschaften und dem ganzen Volke zu dienen. — Damit erreichte die erste Vollversammlung des Reichs-Angestellten-Ausschusses nach eingehenden und fruchtbareren Verhandlungen ihr Ende.

Reichs-Beamten-Ausschuss.

In der Beamten-Ausschuss, welcher auch der Reichstagsabgeordnete Seibert bis zum Schluß beizuhöhen, berichtete Reichstagsabg. Seibert über die Arbeit der Fraktionen der D. V. P. in allen stehenden Beamtenversammlungen. Er legte dar, welche Forderungen die Partei für die Behebung der schweren Notlage der Beamten erhoben hat und aus welchen Gründen sie diese Forderungen nicht in vollem Maße durchsetzen konnte. Er teilte mit, daß die in der Regierung vertretenen Parteien sich schließlich dahin geeinigt hätten, daß die Rinderzulagen allgemein erhöht werden sollen und zwar in Klasse A um 150 Prozent, Klasse B um 125 Prozent, Klasse C um 100 Prozent und Klassen D und E um 75 Prozent. Er teilte ein Telegramm des Abg. Korath, der durch seine Arbeit in Berlin an der Mitwirkung bei der Tagung verhindert war, mit, wonach der Haushaltsausschuss diese Forderungen angenommen habe. Er verwies darauf, daß die Befolgsordnung in Ruhe durchzusetzen werden müßte, daß aber die der Befolgung der angestrebten Notlage dienenden Mittel mit größter Beschleunigung zur Verfügung gestellt werden müßten. Er sprach ferner den dem Reichstag vorgelegten Entwurf eines Sprergesetzes, dem die Deutsche Volkspartei mit gewissen Änderungen ihre Zustimmung nicht verweigern will. Der Entwurf eines neuen Pensionsgesetzes entspricht nach der Auffassung des Berichterstatters nicht den berechtigten Erwartungen der Reichstagsabgeordneten, insbesondere auch insofern, als der Unterschied zwischen Alt- und Neupensionären nicht beseitigt ist. Mit Rücksicht auf die übermäßige Belastung der Reichsfinanzen durch überflüssige Arbeiter und Angestellte, die keine nützliche Arbeit leisten, sondern die Beamten von der Arbeit abhalten, fordert er deren alsbaldige Entlassung, jedoch mit der Maßgabe, daß ihnen der Übergang in eine andere Tätigkeit durch Weitergewährung ihrer Bezüge für eine ausreichende Zeitperiode in jeder Weise erleichtert wird.

Über den Bericht entspann sich unter dem Vorbehalt des Kammerpräsidenten Dr. Caspari eine eingehende Erörterung, an welcher sich außer dem Abg. Seibert der größte Teil der Teilnehmer, insbesondere auch solche aus Oberpreußen und dem besetzten Gebiet beteiligten. Die Aussprache ergab ein erschütterndes Bild von der Notlage der Beamenschaft, besonders im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und die Notwendigkeit, mit allen Mitteln der Verständigung der Beamenschaft im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung, Sicherheit und Ruhe im Deutschen Reich abzuhelfen. Sie ergab aber ferner die Zustimmung der Beamenschaft zu der Arbeit der Partei unter Anerkennung der ihr von Seiten der Reichsfinanzverwaltung und anderer Parteien entgegengebrachten Schwierigkeiten und das Vertrauen in ihre weitere Tätigkeit.

Die Besprechung billigte die Ausführungen des Abgeordneten Seibert zum Sprergesetz, des Pensionsgesetzes und der Entlassung der überflüssigen Angestellten und Arbeiter, forderte aber ausdrücklich, daß diese nur dann erfolgen dürfe, wenn den davon Betroffenen alle möglichen finanziellen und wirtschaftlichen Erleichterungen zum Überlebens in einem anderen Beruf gemöhrt wird. Sie forderte zur Befestigung der Notlage der Beamten die Festsetzung eines Mindestlohnes der Leveragezulagen, gleiche prozentuale Erhöhung der laufenden Leveragezulagen für alle Beamtenklassen ohne Differenzierung, die Festsetzung der Rinderzulagen bis zur Höhe des Existenzminimums und die gleiche Behandlung der Pensionäre und Hinterbliebenen bezüglich der Leveragezulagen. Sie lehnte ferner die Vergebung von Beamtenstellen mit Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit ab und forderte eine Prüfung aller Beamtenanwärter und Angestellten durch besonders dazu berufene staatliche oder gemeinnützige Zentralstellen vor ihrem Eintritt in den Staatsdienst. Sie verlangte weiter eine Abänderung des Einkommensteuergesetzes, infolgedessen es die doppelte Bemessung des Einkommens aus 1920 vorläßt, und zwar nicht nur für die Selbständigen, und die Steuerfreiheit der Rinderbehalten, damit nicht das Unrecht eintreten kann, daß ein Familienvater durch Höherveranlagung in der Einkommensteuer schlechter gestellt ist als der unverheiratete Beamte in gleicher Eigenschaft.

Zum Schluß befaßigte sich die Tagung mit der Frage der Organisation der Beamten-Ausschüsse in den Westpreußen und dem Reich, deren enge persönliche und organisatorische Verbindung unter Abrechnung von besonderen Beamtengruppen innerhalb der Partei gefordert wurde. Die Tagung schloß mit einem warmen Bekenntnis zur Deutschen Volkspartei, in deren Reihen eine überaus große Zahl von Beamten selbstlos tätig ist, die aber volle Berücksichtigung ihrer Interessen von Seiten der Partei auch in der Zukunft erwartet.

Die Wirtschaftskräfte Südwestdeutschlands.

r. Düsseldorf, 9. Dez. (Bris.-Tel.) Auf Veranstaltung der Düsseldorf-Stadtverwaltung, der Handelskammer und des Vereins zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen von Rheinland und Westfalen wollen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet eine große Anzahl süddeutscher Industrieller und Politiker in Düsseldorf, u. a. der württembergische Minister des Innern Graf, der badische Arbeitsminister Müller, Oberbürgermeister Dr. Kupper, Mannheim, Fabrikant Willi Bögel, Mannheim, Reichstagsabgeordneter G. d. Mannheim, Bürgermeister Siegel, Stuttgart, Oberbürgermeister Schwannberger von Ulm usw. Direktor Koenig Mannheim hielt in der südlichen Tonhalle in Düsseldorf einen Vortrag über das Thema: 'Rhein und Redar'. Er entwickelte die technischen Grundzüge der süddeutschen Schiffsahrt- und Wasserstraßenprojekte. Die Wirtschaftlichkeit des Redarantons sei nach der Darstellung der Behörden gesichert. Allerdings werde die Kanalisierung der Redare heute 2 Milliarden Mark kosten, welche man aber verantworten könne, durch die gewaltigen Auftragsmöglichkeiten an die deutsche Industrie und an die produktive Erwerbslosenfürsorge.

Einen zweiten Vortrag hielt Herr Hofrat Dr. Bruckmann aus Heilbronn über die Wirtschaftskräfte Südwestdeutschlands. Er meinte, wenn man durch die Not getrieben von einer politischen Einigung und der Erhaltung eines neuen süddeutschen Staates rede und dabei Südwestdeutschland als ein großes wirtschaftliches Gebiet betrachte, so richte sich vor allem nach die Wasserstraßen des Rheins der Elbe nach Rheinland und Westfalen. Aber noch mehr als die wirtschaftliche Sorge verbindet der tausendjährige Besitz einer großen herrlichen Kultur beide Industriegebiete miteinander. Bei aller Treue zum Deutschen Reich soll Südwestdeutschland seinen höchsten Besitz, die alemannische und schwäbische Kultur aufrechterhalten und pflegen. Auch in der Not unserer Lage dürfe nicht alles von einer Zentrale des Deutschen Reiches aus, ohne Berücksichtigung der berechtigten Schäden gemacht werden. Und da begegne sich wieder die bedauerliche Südwestdeutschlands mit denen von Rheinland-Westfalen.

Die Frage, welche die süddeutschen Vertreter nach dem Rheinlande geführt habe, sei der Rhein- und Redarwasserweg und die Gewinnung von weicher Kohle. Man könne an die Verwirklichung des großen Projektes glauben, wenn man auf die Wichtigkeit unseres Volkes vertraue. Wenn das Reich bei zwei Milliarden Baukosten immer nur 50 Millionen Mark geben könne, würde die Verwirklichung des Planes 40 Jahre dauern. Daher müsse man andere Wege überlegen. Wenn aus Bayern eine eigene Schiffsahrtspolitik über den Main verfolge, dürfe man sich nicht, wie es leider bisher geschehen sei, in der Nachbarschaft geltend machen. Man müsse die gemeinschaftlichen Gesichtspunkte betonen. Unter der Leitung: Erhaltung der Kräfte und Wertschätzung neuer Kräfte verurteile Geh. Rat Bruckmann den parteipolitischen Habitus der kulturellen und wirtschaftlichen Fragen und schloß mit einem freundlichen Bekenntnis zum einigen Deutschtum und einem Reich.

Direktor Waldmann von der Gute-Hoffnungshütte in Oberhausen betonte die Bedeutung der südwestdeutschen Kanalforschung für das rheinisch-westfälische Industriegebiet und meinte, daß auf diesem Wege der Austausch der Erzeugnisse der einzelnen Bezirke vervollkommen würde. Herr Dr. Wenner sprach sich weiterhin optimistisch aus, weil der bestehende Geldmangel vorläufig wohl keine die Kanalpläne erwartende Lücke.

Deutsches Reich.

Die Goldprämie und die Bergarbeiter.

Berlin, 8. Dez. (WB.) Amtlich aus Anlaß der namentlich im rheinisch-westfälischen Industriegebiet noch immer bestehenden Zweifel über die ordnungsgemäße Verwendung der auf Grund des Kohlenabkommens von Spa der deutschen Regierung gezahlten Goldprämien wird nochmals darauf hingewiesen, daß der Gegenwert der Goldmarkprämien restlos den Bergarbeitern zugute kommt. Bei dem Abkommen von Spa wurden durchschnittlich 35 000 000 Mark, seit August monatlich durchschnittlich 124 000 000 Mark zur Verbesserung der Lebenshaltung der Bergarbeiter bekanntgemeldet.

Der Kahn-Vertrag.

Berlin, 9. Dez. (WB.) Der Ausschussrat der 'Deutschen Werke' hielt am Dienstag eine Sitzung ab, der auch der Reichsfinanzminister beizuhöhen. In einer Entschließung wurde anerkannt, daß die Direktion in dem guten Glauben, dem dem 'Deutschen Werke' zu nützen, den Kahnvertrag abgeschlossen habe. Der Ausschussrat hält den Vertrag nicht für verbindlich und seine Aufhebung als erwünscht. Im Hinblick auf seine Verbesserung durch eine authentische Interpretation und auf die Notlage sieht er sich aber zu einer Aufrechterhaltung verpflichtet.

Der Frieden in der süddeutschen Textilindustrie.

Freiburg, 7. Dez. (WB.) Die Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern haben in Augsburg zu einer vollen Einigung geführt. Die Ursprünge der Forderung, auf den bestehenden Tarifvertrag für männliche Arbeiter einen Zuschlag von 25 Prozent und für weibliche Arbeiter einen solchen von 40 Prozent zu gewähren, war abgelehnt worden, man nahm jedoch auf beiden Seiten den Spruch des Schlichtungsausschusses an, der eine mittlere Linie inne hält. Damit ist der Frieden in der süddeutschen Textilindustrie gesichert.

Kein Haftbefehl gegen General Walter.

Karlsruhe, 8. Dez. Durch eine Reihe von Blättern geht die Nachricht, daß die badische Regierung gegen General von Walter einen Haftbefehl erlassen habe. Dazu teilt uns die Presseabteilung der badischen Regierung mit: Der badische Regierung ist von einem Haftbefehl gegen General von Walter, der überdies nur von den zuständigen Gerichten erlassen werden könnte, nichts bekannt.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 8. Dez. Der Haushaltsausschuss des Landtags hat die Beratung des zweiten Nachtrags zum Staatsanwaltschafts-Gesetz angenommen. Um das rund 2 Millionen Mark betragende Defizit der Baden-Betten zu decken, wurde eine Erhöhung der Puderpreise für die Badens-Betten vorgeschlagen. Eine Regierung, die Baden in Baden-Betten an die Staatsverwaltung übergeben, fand keine Zustimmung. Dagegen soll die Stadt Baden zu höheren Beitragsleistungen verpflichtet werden. Die Regierung wird darüber dem Landtag eine Vorlesung machen. Bei der Beratung des Landes-Wirtschafts-Gesetzes der Minister im nächsten Jahre höhere Beiträge zur Förderung der Berde zu tätigen Ausschuss. Geändert wurde auch die Landesgesetzgebung, die dem vom Landtag zur Prüfung ihrer Gesetzentwürfe eingesetzten Ausschuss die Rechnung für 1919/20 vorlegen.

Clemenceau.

e. Basel, 8. Dez. (Pr.-Tel.) Nach einer Weidung des Ratin hat sich die Krankheit Clemenceaus, der in Rastatt weilt, verschlimmert. Er ist an einer gefährlichen Krankheit erkrankt, wodurch die Herrschaft in Weidung ist. Alle weiteren Respektive Clemenceaus wurden aufgehoben.

Die Ärzte und die soziale Fürsorge.

Von den Vorsitzenden des Deutschen Ärztevereinsbundes und des Leipziger wirtschaftlichen Ärzteverbandes geht uns folgende Erklärung zu: Bei dem allgemeinen deutschen Krankentage am 2. Dezember 1920 in Berlin ist den Ärzten, neben anderen schweren Beschuldigungen, von verschiedenen Seiten der Vorwurf gemacht worden, sie verhielten sich als selbsthätige Gräben den notwendigen Ausbau der sozialen Fürsorge im Namen der deutschen Ärzte erklären wie diese Behauptung für eine völlig unbegründete Verleumdung...

Wirtschaftliche Fragen.

Ein Aufruf zur Kartoffelablieferung

wird von den Bezirksämtern erlassen. Es wird darin darauf hingewiesen, daß Tausende von Familien in den Städten und in den Industrieorten des Landes nicht einmal ihren täglichen Bedarf eindecken können. Durch diese Not drohen dem Lande neue Schwierigkeiten; die Gefahr einer neuen Störung der öffentlichen Ruhe wächst heran. Die Landwirte werden deshalb zur Eile aufgefordert und zur Abgabe von Kartoffeln für die notleidende städtische Bevölkerung ermahnt.

Der Müllerstreit.

Langheim, 7. Dez. Die Müllerzweigsinnung für die Bezirke Mannheim-Eppingen hat sich mit den Müllern der benachbarten Bezirke solidarisch erklärt, am Mittwoch, den 8. Dezember, abends sämtliche Mühlen stillzulegen. Ebenso haben sämtliche Müller des Bezirks Weibheim in einer in Osterburken abgehaltenen Versammlung beschließen, vom 12. Dezember ab ihre Mühlen zu schließen. Die Müllervereinsleitung hat ihren Betrieb stillgelegt. (Dieses Vorgehen der Müller geschieht aus Protest gegen die in letzter Zeit über versch. Dene Müller verhängten harten Strafen wegen Wahlens ohne Wahlchein.)

Städtische Nachrichten.

Mannheims Eisenbahnenverkehr.

Der Hinblick auf die Europäische Fahrplankonferenz, welche zum ersten Mal seit 1914, Anfang Dezember getagt hat, überläßt der Verkehrs-Bereich am 19. November der Eisenbahn-Generaldirektion Karlsruhe und den Direktionen in Mainz und Ludwigshafen eine ausführliche Darstellung von Fahrplankünften und Anregungen, von denen die wichtigsten hier kurz aufgeführt seien: 1. Verbesserung der Verbindungen Berlin-Hamburg-Dresden-Leipzig-Breslau-Basel über Mannheim, Verkürzung der Fahrzeit und Vermehrung der Züge. 2. Rheinland-Basel, Konstanz und München über Mannheim, direkte Züge über die Rheinhahn und die Brücke Mannheim-Ludwigshafen. 3. Neue Schnellzüge nach und von München. 4. Desgleichen nach Nürnberg, zugleich Verbesserung der Verbindung mit Heilbronn. 5. Verbesserung der Verbindung nach Bodensee-Tirol-Schweiz über die Schwarzwaldbahn, nach Konstanz-Lindau, Konstanz-Karlsruhe und nach Singen-Jüri. 6. Bessere Anschlüsse nach dem Ägäus über Ulm-Kempten. 7. Größere Rücksichtnahme auf Mannheim bei den Expresszügen. 8. Lokale Wünsche betr. Verbindung mit Heidelberg, Karlsruhe, Wetzlar, Pirmasens. Die Eisenbahn-Generaldirektion Karlsruhe hat auf diese Eingabe eingehend geantwortet und allgemein bemerkt, daß, wenn nicht unüberwindliche Hindernisse eintreten...

Dritter Meister-Klavier-Abend.

Carl Friedberg.

Die drei vom Mannheimer Musikhaus veranstalteten Meister-Klavierabende beschloß gestern der als anerkannter Klavierspieler auch in Mannheim längst bekannte Carl Friedberg. Seine Kunst geht in die Tiefe, begnügt sich nicht mit billigen Wirkungen, und die Leistung ist ihm nur ein Mittel, den musikalischen Gehalt zu heben. Die ursprünglich vorgesehene Vortragsfolge unterzog Carl Friedberg einer radikalen Umwertung. Anstelle der französischen G. Fauré, des Impressionisten Debussy, der in Deutschland in G. Mahler zu sehr beliebt war, traten unsere deutschen Meister Brahms und Schumann. Nur der Junggigant Alexander Nikolajewitsch Scriabin (geb. 1872 zu Rossau, gest. 1915) dazwischen, verdrängt mit seiner bis zur Grenze des Möglichen op. 53 auf dem Programm. Sie ist trotz mancher melodischer Schönheiten und origineller harmonischer Wendungen ein wenig einseitiges, ja schmerzhaft studienhaftes Werk und vermag nicht über trefflichen Wiedergabe seine tiefere Wirkung auszulösen. In Schumanns „Symphonischen Etüden“, den drei großen Heinrich II. Heine-Köster gewidmeten Romanzen op. 28 — nicht op. 22 mit dem Programm irrtümlich angegeb. — offenbart Friedbergs Spiel wahrlich eine solche Fülle von Feinheiten und präzisem Feingespinnnen, daß diese Werke zum Erlebnis wurden. Von den drei Romanzen gelang namentlich die in b-moll mit schönem Gesangs- ton sehr ausdrucksreich zu Gehör. Mit Kraft und Temperament wurden dann die zwei Klavierkonzerte op. 79 und die milde Klavier- sonate op. 119 gespielt. In allen Werken trat die technische Meisterschaft des Pianisten, sein wohlgelegter Anschlag, die intellektuelle Schärfe seiner Auffassung und das sichere Behaltungsvermögen leuchtend zu Tage. Der Künstler wurde lebhaft gefeiert. F. W.

Kunst und Wissen.

6. Gedenkfeier der Antrea Pfarrkirche Mannheim. Mit einer Vortragsfolge, welche die besten Namen der katholischen Kirchenmusik des 17. und 18. Jahrhunderts hervorbrachte, schloß der unter der leuchtenden Leitung des Herrn R. H. Boeres stehende Cäcilienchor der Unteren Pfarrkirche in empfehlender Erinnerung. Es waren in der Tat die schönsten Stimmen der Musica sacra, die uns hier gehöret wurden. Möchten alle Kirchen- und gemischten Chöre auf diese kostbaren Werke des reinen Vokalstrahlens zurückgehen, die in ihrer Reinheit des Gehörs, der Innigkeit des Empfindens und keuschen Harmonie für alle Zeiten Muster der Kapellkunst sind und bleiben werden. Ein Werk von erhabener Schönheit ist Palestrina's „Missa confessor“ mit dem prächtigen, dem glaubensstarken Credo, dem stimmigen Agnus dei und dem schmerzlichen Agnus II. Interessant sein Alma Redemptoris...

beabsichtigt ist, die Schnellzugverbindungen im Sommerdienst 1921 weiter zu verbessern, soweit es mit Rücksicht auf den immer noch knappen Bestand an betriebsfähigen Lokomotiven möglich ist. Voraussetzung für die in Aussicht genommenen Zugleistungen ist u. a. die ausreichende Beseitigung der Eisenbahnverwaltung mit Brennstoffen. Die Verkürzung der Fahrzeiten ist beabsichtigt, aber hier könne nur von Fall zu Fall entschieden werden, je nach Leistungsfähigkeit der Lokomotiven, Belastung der Züge, Beschaffung der Brenn- und Schmierstoffe. Im einzelnen seien folgende Verbesserungen in Aussicht genommen:

- 1. Wiedereinrichtung der Hamburger Tageszüge Südbahnhof Frankfurt und Führung derselben über Mannheim bis Freiburg (D 85/86) später eventuell bis Basel.
2. Schaffung einer durchgehenden Tagesverbindung Freiburg-Mannheim-Frankfurt-Berlin u. umgekehrt in Verbindung mit den Zügen D 85/86.
3. Herstellung einer durchgehenden Tagesverbindung Basel-Ruhrgebiet und umgekehrt über Mannheim (Züge 269/270), wozu auf der Strecke Mannheim-Basel die jetzigen Schnellzüge D 15/16 verwendet werden sollen (jetzt Mannheim ab 2.14 nachm., Mannheim an 3.54 nachm.).
4. Weiterführung der Hamburger Nacht Schnellzüge D 75/76 von und bis Basel während der Dauer härteren Verkehrs (Nacht verkehren die Züge nur von und bis Karlsruhe).
5. Herstellung einer weiteren Schnellzugverbindung Mannheim-München und umgekehrt.
6. Weiterführung der Schnellzüge D 115/116 Würzburg (ab 8.00 abends, ab 8.53 morgens)—Dresden (Breslau) von und bis Mannheim, wenn möglich Durchlauf von und nach der Pfalz.
7. Schaffung einer Morgenschnellzugverbindung Mannheim-Basel und Schwarzwald-Konstanz, in der Gegenrichtung eines Nachmittags Schnellzugs Konstanz und Basel-Mannheim.

Mit noch weitergehenden Zugermehrungen für den Fernverkehr können vorerst nicht gerechnet werden, eher mit einer Verwirklichung nur eines Teiles der berechtigten Fahrplankorrekturen.

Den Rahoverkehr betr. ist mit dem seit 1. Dezember verkehrenden Personenzug Heidelberg ab 6.00 nachm., Mannheim ab 6.30 einer der Mannheimer Wünsche erfüllt. Das Anhalten von Schnellzügen in Bühl könne wegen der festen nach einheitlichen Gesichtspunkten geregelten Abmachungen über die Halte durchgehender Schnellzüge nicht in Aussicht gestellt werden. Andere Stationen würden ebenfalls Halte verlangen und dann könnten keine Fernverbindungen mit geringer Reisebauer mehr hergestellt werden.

Der öffentliche Ruhen der Pferderennen.

Der Eintrittsgeld zur Rennbahn bezahl und wer am Totalisator wetten, tut dies gewöhnlich nicht in der idealen Absicht, der Sache der Pferdezeit zu nützen. Aber ob mit oder ohne Absicht, der Zweck wird erreicht. Gewaltige Summen, mehr als je zuvor, hat das Publikum im vergangenen Rennjahr durch sein Interesse am Rennsport aufgebracht und auch die Mannheimer haben ihr Teil zur „Hebung der Pferdezeit“ beigetragen. Aus dem Totalisatorbetrieb während der 7 Mannheimer Renntage der verflochtenen Rennsaison konnte die ansehnliche Summe von 328 207 Mark an die Staatskasse abgeführt werden. Diese Gelder sind nach dem Totalisatorgesetz für die Hebung der Landesferdezeit zu verwenden und wenn man berücksichtigt, daß bei Nichtabhaltung der hiesigen Pferderennen dieser Betrag aus öffentlichen Mitteln hätte erbracht werden müssen, so liegt der öffentliche Nutzen der Mannheimer Veranstaltungen klar vor Augen. Dem städtischen Haushalt konnte aus den beiden Meetings im Mai und Herbst die Summe von zusammen 212 967 M. überwiesen werden, auch ein ganz ansehnlicher Betrag, um denselben man auch in denjenigen Kreisen der Abhaltung der Pferderennen mehr Sympathie entgegenbringen sollte, welche dem Pferdesport verständnislos gegenübersehen. Das gesamte Verkehrs- und Geschäftleben wird von den großen Rennveranstaltungen sehr günstig beeinflusst, so insbesondere die Staatsbahn und die Straßenbahn.

Die schwierigste und undankbarste Aufgabe haben die Veranstalter, nämlich die Rennvereine zu lösen. Der mitleidige Laie trübt sich mit dem Gedanken, die Vereine verdienen ja so viel Geld, die können schon mal eine Unannehmlichkeit ausstehen. Es ist nicht in Rede zu stellen, daß in kurzer Zeit Millionen durch die Hände der Vereine gehen. Ein Finanzgenie, das es verstanden hat, ansehnliche Gewinne bei den Rennvereinen zu sparen, ist bisher aber noch nicht entdeckt worden. Der Etat balanciert so gerade. Es leben so viele Menschen von dem Rennkalender. An einem Renntag braucht ein Verein außer den am Rennen selbst Beteiligten etwa 300 Beamte und ungefähr 200 Kuffistpersonen. Die Unterhaltung der Gebäude, Lichter und für diese kommen die Handwerkerleute sämtlicher Gattungen in Betracht, wie auch des Rennbahnzweigs und der Hindernisse verhängten ungeachtete Summen. Die Herstellung einer Eintrittskarte erreicht heute eine Durchschnittspreisehöhe, für die man früher den Eintritt auf einen mittleren Platz erschwingen konnte. Dabei ist zu berücksichtigen, daß man Karten für einen Kartendebüt an jedem Tag bereitstellen muß. Noch viel größere Vorkarorderte verdrängt der Totalisatorbetrieb. Zu allem treten noch die lauernden Ausgaben. Berücksichtigt man nun, daß die Rennen für die Masse sportlich nur interessant werden, wenn starke Felder zusammenkommen, so müssen die Voraussetzungen hinsichtlich hoher Geldpreise u. a. erfüllt sein. Ein gewaltiges Maß von Risiko liegt also auf dem Veranstalter und der Nutzen aus einem glücklichen Verlaufenen...

Oberschlesische Woche

in Mannheim.

Die Sammlung, welche am Dienstag im Nationaltheater zugunsten der DDD vorgenommen wurde, ist, wie wir vorhin festgestellt hätten, der Initiative Weg. Käfers entsprungen, der bekanntlich immer zu haben ist, wenn es gilt, für eine wohltätige oder vaterländische Sache zu wirken. Dem beliebigen Künstler mit dem für alle Kellenden und Bedrängten so warm schlagenden Herzen sei für seine ausgezeichnete Idee auch an dieser Stelle verbindlich dankt.

Oberschlesierabend im Apollotheater.

Herr Direktor Zacharias, der sich niemals ausschließt, wenn es gilt, wohltätige oder vaterländische Zwecke zu fördern, hat für morgen Donnerstag abends sämtliche Räume des Apollotheaters mit Ausschluß des großen Saales, der erst nach 10 Uhr frei wird, auf das bereitwilligste zu Veranstaltungen zu Gunsten der Oberschlesischen Woche zur Verfügung gestellt. Im Kabarett Kumpelmann, das bekanntlich preiswürdig im Goldsaal im zweiten Stock untergebracht ist, findet eine Festvorstellung der für Dezember verpflichteten vorzüglichen Kräfte mit besonderer Einnahme der verstärkten Orchester statt. In der Tanzdiele im anstoßenden sogenannten Silberaal wird nach der Kabarettvorstellung Gelegenheit zum Tanzen gegeben. Die Leitung haben hier die Fürstendörfer, ein ausgezeichnetes Tänzerpaar des Kabarets. Eine Langkonfuzanz dürfte eine ganz besondere Anziehungskraft ausüben. Die verstärkte Kabarettkapelle wird zum Tanz aufspielen. Für die Gäste des Apollorestaurantes ist ein Unterhaltungsabend unter Mitwirkung einiger Gäste vorgesehen. Die Kapelle Harger, die hier konzertiert, ist ebenfalls verstärkt. Ferner hat sich der Direktor der 3. St. im großen Theateraal mit ländlich wachsendem Erfolg gastierenden Amator-Film-Co., Herr Julius Lachmann, ein gebürtiger Oberschlesier, bereit erklärt, das Publikum kinematographisch auszunehmen. Die Festspiele werden in einer großen Palanque an dem Aufnahmeapparat vorbeigeführt. Der Film wird in den nächsten Tagen im Theater vorgeführt. Die Ortsgruppe Mannheim der Vereinigten Verbände heimatreuer Oberschlesier erhält geschenkt einen Abzug des Films, damit er späterhin bei positiven Gelegenheiten zur Erinnerung an die DDD gezeigt werden kann. Wir hoffen zuversichtlich, daß morgen abend sämtliche Räume des Apollotheaters ausverkauft sind, damit eine kräftige Summe als Reinertrag der mannigfaltigen Veranstaltungen abgeliefert werden kann.

Meeting liegt bis auf ein verschwindendes Gummichen zugunsten späterer Veranstaltungen ausschließlich auf Seiten der Allgemeinheit. H.

Milchverfälschung. Infolge Milchmangels hat sich das Lebensmittelamt genötigt gesehen, an die Herren Metzere folgendes Schreiben zu richten: Die Milchlieferungen sind insbesondere durch die vorkommenden Witterungen der in den Lieferbezirken immer noch herrschenden Maul- und Klauenseuche in hohem Maße beeinträchtigt, so daß die Versorgung der Säuglinge gefährdet ist. Das Lebensmittelamt Mannheim richtet daher an die Metzere Mannheims das Ersuchen, bei der Verordnung von Milch die größte Sorgfalt zu üben und nur in den unumgänglichen notwendigen Fällen Milch zu verordnen. Derselben strengen Grundsätze werden selbstverständlich von dem die ärztlichen Zeugnisse prüfenden Metzereamt beobachtet. Die Verordnung wird geboten, hiervon Kenntnis zu nehmen und unbegründete Anträge auf Milch, die ja doch wegen Milchmangels eine Ablehnung erfahren müßten, gänzlich zu unterlassen.

Der erste Schnee. Es schneite heute schon in der Frühe, als die Ersten ihrer Arbeitsstätte zustrebten, nicht so intensiv, wie in nördlichen Gegenden oder im Schwarzwald, aber doch in einer Weise, daß die Dächer bald eine weiße Decke trugen. Auf den Straßen konnten sich die Pfaden nicht behaupten, weil sie von zu wässriger Beschaffenheit waren. Gesund ist die erwartete Witterung nicht, aber die Niederschläge tragen wenigstens dazu bei, daß sich der Wasserstand weiter vermindert. Bei Redaktionschluss schneite es noch ganz leicht weiter.

Brand eines Straßenbahnwagens. Gestern nachmittags gegen 4 Uhr schlug plötzlich an der Feuerwehrtore an der Haltestelle der nach Heidenheim führenden Linie aus der Gasse des Wegens Nr. 22 eine hohe Flamme. Das herbeiläufende Berufsfeuerwehrlöschte mit einem Trockenfeuerlöschapparat den Brand, der bereits die Holzteile des Vorderperrens ergriffen hatte. Verletzt wurden nicht verletzt.

Veranstaltungen.

Theaterabend. Morgen wird Chalkoparas „Julius Caesar“ im Nationaltheater zu Gunsten der abklingungsbedürftigen heimatreuen Oberschlesier wiederholt. Es findet zur eine Pause, nach der Fortsetzung, so daß die Zuschauer die Werke erst nach dem dritten Akt einnehmen können. — Festungs „Münch von Barndel“ wird am Samstag mit Lore Baul in der Titelrolle im Nationaltheater wiederholt. — Sonntag, den 12. Dezember, wird im Rahmen der Weihnachtswoche „Aldello“ zum ersten Male in dieser Spielzeit angeführt. Die musikalische Leitung hat Franz von Dooklin.

Rücktritt des Karlsruher Intendanten? Nach einer Mitteilung der Badischen Presse hat der Intendant des Badischen Landestheater St. Juch sein Entlassungsgesuch eingereicht; er will die Direktion eines Theaters im Rheinland übernehmen. Die Gründe zum Rücktritt des Intendanten Juch sind noch nicht bekannt; sie dürften aber mit dem Abbau am Landes-Theater in Verbindung stehen, der infolge des großen Defizits begonnen und dabei bedauerlicherweise auch mehrere sehr verdiente und schon lange am Landes-Theater wirkende Kräfte betroffen hat.

Generalmusikdirektor Professor Ernst Boeck, der neue Leiter des Palastorchesters, dirigierte in der vergangenen Woche zwei Sinfoniekonzerte in Kristiania (unter anderem Werke von Beethoven, Brahms, sowie seine eigene Sinfonische Dichtung „Loremina“) und hatte bei Publikum und Presse einen überaus großen Erfolg. Herr Professor Boeck wurde für diesen Winter noch für zwei weitere Konzerte in Kristiania verpflichtet.

Uraufführung in Breslau. Eine neue Uraufführung von Walter Fekauer fand mit großem Erfolg im Breslauer Apollo-Theater statt. Die Handlung spielt in einem Mannheimer Kaffeehaus und ironisiert in geistvoller Weise über die Dialogführung die Verlogenheit eines heutigen kapitalistischen Modernen. „Der Wägen“ — so heißt das Stück — ist ein Top wie der „Genosse Hilde“ aus der Zeit agrarischen und mit jedem Wort vor die Zeit hingestellt. Julius Arnolds Regie, des berühmten Oberschlesiers der berühmten Theater in Breslau, leistet Anerkennungswürdiges. H. Br.

Ein Uraufführung in Frankfurt. Samstag, 11. Dezember, findet in Frankfurt ein Kammermusikabend statt, bei dem die Leiter an der Hochschule für Musik in Mannheim, Konzeptionsleiter Hans Rößler, Solocellist Walter Rößler und Pianist Heinz Wagner ein Klaviertrio des in Oppau geborenen, in Ludwigshafen als Lehrer wirkenden Lehrers Philipp Wüst zur Uraufführung bringen werden. Am demselben Abend wird Opernsänger Karl Becker (Dresden), ein gebürtiger Frankenthaler, neue Variationen von Wüst zum Vortrag bringen. Herr Wüst hat all diese Werke in englischer Gefangenschaft geschrieben, wo er den Pianisten Heinz Wagner, seinen jetzigen Interpreten, kennen lernte.

Ein neues Oratorium. Wie uns aus Wien berichtet wird, ist dort ein neues Oratorium „Der verlorene Sohn“, Text von Victoria Schottel, Musik von Richard Stöckl, anlässlich eines Konzertes des Sängerbundes „Dreizehnlinden“ unter Leitung des Chormeisters Ferdinand Habel zur erholerischen Uraufführung gelangt. Richard Stöckl, der sich nach kurzer Tätigkeit als Arzt — er ist Doctor mehrerer — der Musikerausbildung zuwenden hat, ist als Komponist stimmungs-voll: Chöre, Orchester und Kammermusikwerke bekannt. Er ist Professor an der Wiener Musikakademie, wo er Harmonielehre und Komposition lehrt.

Offene Stellen
Gesucht wird zum baldigen Eintritt ein
Maschinen- oder Elektrotechniker
guter Zeichner, mit technischer Fachschul-
bildung, zur Unterstützung des Straßen-
bahnbetriebssteuers. Die Stelle ist zunächst
eine nichtplanmäßige mit Beförderung nach
Gruppe VI der Stadtbesoldungsordnung.
Spätere planmäßige Anstellung mit Ein-
reihung in diese Gruppe nicht ausge-
schlossen. Bewerbungen sind umgehend
zu richten an das 13964

Städtische Betriebsamt Baden-Baden.

Reisender
Halter Verkäufer, in Baden, Heffen, Rhein-
land und Pfalz bei Kolonial-, Material- u.
Drogengeschäften nur bestens eingeführt, von
braunem Gemüthscharakter
möglichst für 1. Januar gesucht
Für ausführliche Angebote mit Bild u. Zeug-
nisabschriften, sowie Gehaltsbereitschaft, Alter,
Ehestand, Familienverhältnisse, Referenzen, An-
gebote unter U. Q. 1734 an die Geschäfts-
stelle dieses Blattes. 6118

Große Pirmasenser Schuhfabrik
Sucht sofort einen ersten Bilanz-
buchhalter und steuerkundigen 13903

Buchhalter
Angebote mit Bild, Angabe der
tätigen Tätigkeit, Referenzen,
Gehaltsansprüche, Alter u. i. m.
erbet. unter U. C. 178 an die Geschäftsstelle.

Eine größere Rheinische Spitzschiffabrik
sucht für ihre Raffinerie einen
tüchtigen Raffineur als Meister.
Solche, die in großen erstklassigen
Raffinerien längere Zeit tätig waren
(die Herstellung aller Oele) Fette
für die Margarine-Industrie genau
kennen, erhalten den Vorzug. Gefl.
Angebote nebst Gehaltsansprüchen
erbeten unter Df. Qo. 6267 an
Rudolf Mosse Düsseldorf.

Mk. 40.000.- im Jahre
wird hier in Mannheim bei intensiver Werbe-
tätigkeit für unsere praktisch erprobte
Geschäftspropaganda
gefordert. Wir vergeben das
Alleinausnutzungsrecht für Baden
einer (Wahlkreis) an nur einen, selbständigen
Agenten, der sich
eine solide, hochlohnende Existenz
gründen will. 6118
Für Übernahme sind 4000 Mk. in bar er-
forderlich. Auskunft und Abschlus durch unseren
Herrn Berger, Hotel Pflaizer Hof,
Mannheim, den 10. Dezember 1930.

Elektromonteur
Gesucht. Angebote mit Lebenslauf und
Zeugnisabschriften unter T. Y. 174 an
die Geschäftsstelle ds. Bl. 13934

Fabrikpfortner
Gesucht. Angebote mit Lebenslauf und
Zeugnisabschriften unter T. Y. 174 an
die Geschäftsstelle ds. Bl. 13934

Gesucht Junger Bürodienere
für größeren Betrieb.
Kriegsbeschädigte bevorzugt.
Angebote unter U. U. 195 an
die Geschäftsstelle d. Bl. 14022

Jüng. Lehrling
mit Mittelschulbildung für
Eisen- und Stahlhandel p. sof.
gesucht. Angebote unter
L. V. 171 an die Geschäfts-
stelle ds. Blattes. 13920

Wir suchen sofort oder 1. Januar
Tüchtige im Bankfach ausgebildete
jüngere Herren
für Effektenkorrespondenz, Effekten- und
Kontokorrentbuchhaltung.
Gefl. Angebote mit Lebenslauf, Angabe über bloßbetriebl. Tätigkeiten,
Referenzen und Gehaltsanprüche an:
14030
Gebr. Röchling, Bankniederlassung Ludwigshafen.

Wir suchen zum möglichst sofortigen
Eintritt für die Inbetriebnahme von
Genehmigungen und Transformations-
stationen theoretisch und praktisch
erfahrenen 14002

Ingenieur.
Angebote mit Angabe der leitenden
Tätigkeit, der Gehaltsansprüche und
Eintrittstermin unter Befreiung von
Zeugnisabschriften, Referenzenangaben
und Bildabschlüssen sind zu richten unter
U. R. 192 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Börsten- und Scheuertuchgroßhandlung
sucht **rührige Vertreter**
bei gutem Einkommen. Herren, bei der einschlä-
gigen Kundenschaft hier und auswärts gut eingeführt,
werden bevorzugt. Angebote unter U. T. 194 an
die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten. 14020

Bedeutendes
Speditionshaus
in Pfl.
sucht zum sofortigen Eintritt oder auf
1. Januar in der Branche erfahrenen
selbstständigen 14024

Expedienten
möglichst mit Kenntnis der franzö-
sische Sprache. Ferner werden noch gesucht
einige jüngere
Expedienten
ebenfalls aus der Speditionsbranche
hervorgegangen. Gefl. Angebote mit
Gehaltsansprüchen unter U. V. 196 an
die Geschäftsstelle ds. Blattes.

Gesucht wird per sofort von
größerer Fabrik
ein Lehrling
für Lager. 13582
Angebote unter Q. P. 190 an die
Geschäftsstelle dieses Blattes.

2-3 jüngere perfekte
Stenotypistinnen
für Eisengroßhandlung per
sofort gesucht. Angebote
unter T. W. 172 an die Ge-
schäftsstelle ds. Bl. 13922

Tüchtige gewissenhafte
Stenotypistin
von einer bedeutenden Eisen- und
Stahlgroßhandlung zum sofortigen
Antritt gesucht. 13900
Bewerbungen mit Lebenslauf und
Gehaltsansprüchen sind zu richten
unter U. O. 189 an die Geschäftsstelle.

Tüchtige Stenotypistin
per sofort gesucht. 13903
Reichsplatz Mannheim, Rheinl. 9.

Junges, tüchtiges
Mädchen
das zu Hause schlafen
kann, für kleinen Haus-
halt sofort gesucht. 6350
Caroli,
Damenstr. 14, 12.

Intelligentes
Kinder mädchen
welches auch in einem
Kleinen- und Goldwaren-
geschäft behilflich sein kann,
der sofort gesucht. 6005
H. Sosnowski
Hauptstr. 11, 12.

1 Nähmaschine
leibt gut erhalten
1 Schreibstuhl
verstellbar mit Rückenlehne
1 Papageierkäfig
zu verkaufen. 32472
Näh. in d. Geschäftsstelle.

Nähmaschine
leibt wie neu, hand- und
Fußbetrieb für 500 Mk.
zu verkaufen. 32452
Wo liegt die Geschäfts-
stelle ds. Bl.

Fahrräder
neu, 20, 24, 28, mit
Freilauf ohne Gummi-
Mäntel, Schläuche
Kondensiergeräten
billig! 6152
Nähmaschinen
mit Garantie von
Mk. 75.- an

Nähmaschinen
gebraucht, von 50.-
und 100.- Mk. an
Karbidlampen
von 8.- bis 20.- an
Karbid billig.
A. Pfaffenhuber, H. 3, 2.

Drilling
bahnenlos, sofort zu
kaufen gesucht. Zu erfragen
bei H. Wählig, Magerer
Biering 1. 6541

150 Stück
Kartons
Größe 40:30:12, einmal
gebraucht, abzug. 6553
Krappmühlstr. 27
Bairo. Telefon 1315.

Zu verkaufen
4 gr. u. 35 mittlere
Kisten, 12 Korbbil-
30-50 Liter, 1 Kinder-
Reitschule mit elektr.
Befeuchtung, Röhres
Kögel. 32493
Gartenmeisterstraße 92.

Schwarzgelb
Militär-Mantel
Koch, 34, 35, 36, 37, 38,
Schmiedstraße, getrag. br.
Anzug bill. zu verkaufen.
Trottelstr. 24, II. St. 6002

Ulster
die neueste Modelle sowie
Anzüge, Hosen
ngul-Auswahl usw. Sie
preisw. im Kaufhaus in
Heiden-Neckelstraße (Inh.
Inhab. Vinge, Mannheim)
Planken 0, 3, 4a, Laden
nebst d. Mobil-Anputheke.

Neues dunkles
Kostüm
preisw. zu verk. 3355
Friedrich Fuchs
Bismarckstraße 21, 5. St.

Knaben-Paletot
für 143, kostümneu u. oft
bedarft. 259, 261 St.

Ein Fehelpzkrager
zu verkaufen. 32454
Gohlstr. 16, 4. St.

Wenig geräumtes
Balkkleid
preiswert zu verkaufen.
Adresse in der Geschäfts-
stelle ds. Bl. 3379

1 Sekretär
für 800 Mk. sowie
1 Puppenkaufmann
eingesetzt, für 120 Mk.
zu verkaufen. 3324
Hauptstr. 58, II.

Verschiedene Haushaltungs-
Gegenstände
dar. 100er Weihnachtsge-
schenke bill. zu verk. 3106
Hauptstr. 30, 4. St. I.

Alte Gegenstände aus
Gold u. Silber
Blasen, Johannisbrot, faul
Margarin, H. 7, 17, 2. Tr.
Samstag geschlossen. 5176
Zahle die höchst mögliche
Preise für Zahngelasse,
Möbel und ganze Ein-
richtungen. 6183
Starkand, T. 2, 8
Telephon 3005.

Skier
100-2 m. Ueberhol-,
gebraucht, aber gut erd-
zu kaufen gesucht. 3356
Angebote mit Preis
u. U. M. 25 an die Ge-
schäftsstelle erbeten.
Gut erhaltenes
Klavier
aus Reichthand zu kaufen
geht. 6187
Angebote unter U. S. 193
an die Geschäftsstelle.

Herrenstiefel
mit Ledersohlen (Masse
Salzmann), Größe 41 bis
45 zu verk. 3305
Kaiser, Kaiserstr. 12, II.
Ganz neues weiches
Vollekleid
für junges Mädchen, leibt
neuer grauer Winter-
mantel. Größe 45-48.
3 Wintermäntel,
für 10 u. 15 J. zu verk.
3364 K. I. 9, 3. St.

1 Anzug mitl. Figur,
1 Paar Knie-
hosen, Gr. 42, billig zu
verkaufen. 3107
Hauptstr. 30, 4. St. I.

Gries-Fuchs-Garnit.
Pelz u. Stoff, 3302
Zu erfrag. i. d. Geschäftsstelle.

Fast neu
J.A.H. Messing-Gaslester,
1 Lyra, 1 elektr. Stiel-
lampe, Porz.-Lampen-
Schirme, 1 Kommode,
40x40 cm mit 26 Schubl.,
1 Stokgestell, 1 gross.
Ganzhaufen, 1 Zimm-
Waffeleisen, Keller- u.
Oberlichtfenster zu verk.
Beerfeldstr. 23,
1 Treppe links 3205

Gute Schölergeige
mit Köten und Bogen,
150 Mark, sowie ein
Pferdestall mit Lieren
zu verkaufen. 3303
F. 5, 4. III.

Puppenwagen
Puppenküche
gr. zieg. Puppe und
Schaukelpferd
zu verkaufen. 3333
H. Wählig, Magerer
Biering 1.

1 fast neues Schaukelpferd
zu verkaufen. 3321
K. 4, 13. partier.

Fall-Schaukelpferd
Eisenbahn, Dampf-
maschine 1. vert. 3359
H. 3, 5. 3. Treppe rechts.
1 Schaukelpferd
u. 1 el. Kinderbett
mit Matr. zu verk. 3302
C. 1, 17, III.

Eine sehr schöne, große
PUPPE
zu verkaufen. Röhres
U. 5, 5. part.

Puppenwagen
für 250 Mk. zu verkaufen
U. 3, 13, 4. St. 3010

4 Läuferschweine
zu verkaufen. 3425
Reber, Pflaizergrund-
straße No. 23, II. St.

Dick-Rüben
zu verkaufen. 3231
Heinrich Krebs, Altpo-
ststraße 47.

Kauf-Gesuche.
Ladengeschäft
in Mannheim zu kaufen
geucht. Bedenmittler
benötigt. Angebote u. U. Q. 65 an
die Geschäftsstelle 3420

Alte Gebisse
faul pro Zahn mit edler
Silber 32481
von 7 Mark an,
Brym. G. 4. 13
2 Treppen.
Pintin, Gold
u. Silberachen, Queck-
silber, Kupfer, Zinn,
Blei kauft Metallkonst.
Lortzingsr. 9, IV,
Telephon 2656. 32409

Bücher
Ich kaufe zu an-
gemessenen Preisen
gegen Ankauf gegen
Bib. o. d. u. einz.
Werke, Welt, Lexica,
Geschichte u. and.
Werke. 524
Herter's Buchh. 15, 15
pflaizerstr. 15, 15

Kaufe gebrauchte
Möbel, ganze
Einrichtungen, Silber- u.
Klappen. 6171
Klinger, T. 2, 3
Telephon 4751.

Miet-Gesuche
Laden oder
Wirtschaftslokal
mit Wohnung per sofort oder später zu mieten
gesucht. Kaufwohnung vorhanden. 3367
Hauptstr. u. U. T. 42 an die Geschäftsstelle ds. Blattes

Größeres Magazin
oder Lagerhalle
möglichst mit Oeisanschluss zu
mieten oder kaufen gesucht.
Angebote unter U. Q. 191 an
die Geschäftsstelle ds. Bl. 14000

Magazin
gesucht
möglichst im innern der Stadt. 13936
Angebote unter T. Z. 175 an die
Geschäftsstelle dieses Blattes.

2-3 Büroräume
B2463 zu mieten gesucht.
Heinrich Stahl, M. 5, 2 : Pflaizerstr.
7925

Zimmer
möbliert, möglichst mit elektrischem Licht,
von hiesigem Geschäftsinhaber zu mieten
gesucht. Lebensmittel können be-
zogen werden. 13976
Angebote u. T. P. 165 an die Geschäftsstelle.

Möbl. u. leere
Zimmer
u. nur bei anständ. vorge-
merkten Herren u. Damen
fortwährend gesucht durch
Mannheimer Wohnungs-Zentrale
Rheinl. d. I. Tr. (D. 5).

Wohnung.
Reinere Wohnung in
guter Lage bei der Geschäftsstelle
gegen Dringlichkeitstarif
zu verkaufen. Angebote
unter V. Y. 73 an d.
Geschäftsstelle ds. Blattes.
63507

Wer gibt beßer. 2-
möbl. Zimmer
an feiner, Kaufm. ab?
Angebote unter U. H. 31
an die Geschäftsstelle d. Bl.
Lehrerin sucht
lokal! 32411

2 leere Zimmer.
Angebote unter L. J. 7
an die Geschäftsstelle.

Vermietungen
Schöne Fabrikationsräume
Wäbe Heidelberg, ca. 200 qm mit entp. Keller,
Boden- und Holzraum, für jede Beschäftigung mit
Zigarrenfabrik, oder sonst. wünsch. zu vermieten.
Gest. Beiliegung des Vermieters mit groß. Kap.
Röhres unter U. K. 33 an die Geschäfts-
stelle dieses Blattes. 3343

Schöner Laden
(Einhand) mit Waren-
raum (Wäbe) und Ge-
schäftslokal sofort zu ver-
mieten. Röhres Mittel-
straße 21. Laden, links,
Donnerstag 4-6 Uhr. 3302

Unterricht.
Wer beilligt sich an
Englisch u. Französisch
für Kinder u. Fortge-
schrittene 1. Tr. pr. St.
Angebot u. O. R. 142 an
die Geschäftsstelle. 6171



